

„Wir müssen den Menschen wieder etwas zutrauen“

Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer wünscht sich mehr Vertrauen der Politik in die Unternehmen. Es brauche wieder Mut zur Selbstständigkeit

INTERVIEW: KARIN BIRK, STEFFEN GUTHARDT UND STEFFEN RANGE

Herr Rainer, ein Handwerker im Ministeramt ist im parlamentarischen Berlin eher selten. Haben Sie durch Ihren Hintergrund eine andere Perspektive auf wirtschaftliche Entscheidungen als akademisch geprägte Kollegen?

Natürlich hat mich die handwerkliche Ausbildung geprägt, aber entscheidend ist die Erfahrung der Selbstständigkeit - dieses „selbst und ständig“ mit allen Höhen und Tiefen. Wer Verantwortung für Mitarbeiter trägt, weiß, was es heißt, jeden Monat ihre Gehälter zu erwirtschaften. Das schärft den Blick: Bürokratie ist dann nichts Abstraktes, sondern eine konkrete Hürde im Alltag. Ich arbeite in meinem Ministerium deshalb gerne mit Praxisbeispielen, um zu zeigen, was eine Regelung für einen Metzger, Bäcker oder einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb bedeutet.



Alois Rainer ist Metzgermeister und seit Mai 2025 Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat im Kabinett Merz. Fotos: Santiago Engelhardt

Stichwort Bürokratie: Viele Unternehmer im Lebensmittelhandwerk klagen über die viele Zeit am Schreibtisch. Verstehen Sie diesen Unmut?

Unternehmer wissen sehr genau, wann der Schreibtisch wichtiger Teil des Jobs ist - und wann sie dort einfach nur ausgebeutet werden. Hier gehen wir ran, auch mit Hilfe der so genannten Praxischecks. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, auch auf europäischer Ebene Entlastungen voranzubringen. Daneben arbeiten wir derzeit beispielsweise an Erleichterungen im Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch. Diese überkomplexe Bürokratie hat sich über Jahrzehnte aufgebaut. Wir müssen das Rad nun entschlossen in die andere Richtung drehen und den Betrieben wieder mehr Vertrauen schenken. Wir wollen Standards wahren, aber manches muss auf den Prüfstand. Wir wollen auch kein „Gold-Plating“ mehr - also diese deutsche Unart, auf EU-Vorgaben noch weitere Auflagen draufzulegen.



Die Redaktion der DHZ traf den Minister in Berlin zum Gespräch.

der Stromsteuer. Die Leute bleiben auf dem Land, wenn sie davon leben können und es Spaß macht - und Spaß macht es, wenn man weniger bürokratische Auflagen hat.

Sie haben die Pandemie angesprochen. Wie robust sehen Sie Deutschland in Bezug auf die Ernährungssicherheit aufgestellt, falls es wieder zu einem Ausnahmezustand kommt, etwa im Hinblick auf die geopolitische Lage?

Bei uns muss sich niemand Sorgen machen, dass es nicht genug sichere und hochwertige Lebensmittel gibt. Die Landwirte versorgen uns tagtäglich. Sie verdienen es daher, dass wir sie von bürokratischen Hürden befreien und gezielt fördern, damit sie nachhaltig wirtschaftlich arbeiten können. Für den Ernstfall arbeiten wir zudem unter Einbeziehung des Handels an einer Verbesserung der Notfallversorgung mit sofort verzehrbaren Lebensmitteln. Denn ich will ein zusätzliches Sicherheitsnetz zu den bereits eingalagerten Agrarrohstoffen aufbauen.

Es geht ja nicht nur um die Produktion, sondern auch um Verarbeitungskapazitäten wie die Schlachthöfe, die immer weniger werden. Richtig. Wir brauchen eine starke dezentrale Struktur. Deshalb haben wir gemeinsam mit den Ländern beschlossen, dass die Länder nun auch mittelgroße Schlachttstätten mit bis zu 25 Prozent der Investitionskosten über die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz fördern können. Das ist ein wichtiger Baustein für regionale Versorgung sowie Wirtschaftspung und Verarbeitung vor Ort.

Das Mercosur-Abkommen ist vorläufig in Kraft. Was bedeutet das für die deutsche Landwirtschaft und das Lebensmittelhandwerk?

Mir war wichtig, dass wir für sensible Produkte wie Rindfleisch und Zucker zusätzliche Schutzklauseln einführen, die bei Marktverwerfungen greifen. Entscheidend ist, dass diese Schutzklauseln in der Praxis wirksam, schnell anwendbar und flexibel genug sind. Darauf werden wir sehr genau achten. Für unsere Metzger spielen die zollfreien Einfuhren von Rindfleisch durch Mercosur kaum eine Rolle. Laut der EU-Kommission

Preise sind durch Energie und Lohnkosten sowieso schon stark gestiegen. Wir brauchen keine staatlichen Preisaufschläge.

Der deutsche Verbraucher gibt im europäischen Vergleich wenig Geld für hochwertige heimische Lebensmittel aus. Woran liegt das?

Ich werbe offensiv für „Made in Germany“. Wir müssen wieder lernen, dass unser deutscher Käse, Schinken und Wein unglaublich toll ist und hervorragend schmeckt. Ein Beispiel: Die Österreicher trinken zu 90 Prozent österreichischen Wein, wir in Deutschland aber nur zu 41 Prozent deutschen Wein.

Die Tierhaltungskennzeichnung wurde erneut verschoben und soll nun Anfang 2027 kommen. Was hat das Handwerk zu erwarten?

Das Handwerk hat eine praxistaugliche Version der Tierhaltungskennzeichnung verdient, die auch einen echten Mehrwert bringt. Die Verschiebung auf Januar 2027 wurde nötig, weil von der Branche wichtige Anliegen an uns herangetragen wurden: Punkte wie ein „Downgrading“ - also, dass Produkte aus tiergerechteren Haltungsformen auch in weniger tiergerechten Stufen vermarktet werden können - und die Einbeziehung ausländischer Ware etwa. Das muss noch europä- und WTO-rechtlich notifiziert werden - auch das braucht Zeit.

Sie haben das Förderprogramm für den Umbau der Tierhaltung gestoppt. Was ist die Alternative?

Das stimmt so nicht. Investitionen in mehr Tierwohl werden weiter gefördert - aber künftig wieder über die GAK. Das ursprüngliche Programm hat nicht die gewünschte Wirkung gehabt und war von vornherein befristet. Zudem war es zu bürokratisch und hatte Hürden, wie das Verbot, den Bestand zu erweitern - das ist für mich als Unternehmer ein schwerer Konstruktionsfehler. Wir brauchen unternehmerische Freiheit, damit Landwirte auf Marktentwicklungen reagieren können.

Für viele Handwerksbetriebe bleiben die Energiepreise eine extreme finanzielle Belastung. Die Senkung der Stromsteuer greift zwar für das produzierende Gewerbe, aber viele Dienstleistungsbetriebe bleiben außen vor. Ist das fair?

Ziel muss sein, dass die Stromsteuer für alle gesenkt wird. Wir müssen aber die Haushaltsmittel im Blick behalten. Wenn die Wirtschaft wieder anspringt und wir mehr Steuereinnahmen generieren, dann ist dafür meines Erachtens auch Spielraum vorhanden. Die Energiepreise sind ein Schlüssel des wirtschaftlichen Erfolges der Betriebe.

Herr Minister, zum Abschluss: Wenn Sie heute noch einmal vor der Situation stünden, den elterlichen Betrieb zu übernehmen oder neu zu gründen? Hätten Sie den Mut dazu?

Ja, daran habe ich keinen Zweifel. Wenn meine Frau und ich immer nur überlegt hätten, was alles schwierig ist, hätten wir es nicht geschafft. Man braucht Zuversicht und wir brauchen wieder eine Gesellschaft, die von Optimismus geprägt ist. Selbstständigkeit hat großartige Seiten, auch wenn man nicht mit dem Kopf beim Betrieb ist. Ich würde es wieder machen - und ich würde auch gründen, wenn ich nicht die Möglichkeit hätte, den elterlichen Betrieb zu übernehmen.

GASTKOMMENTAR

Klare Konzepte sind entscheidend

Die Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft gehört zu den energieintensiven Sektoren. Die Unternehmen in Deutschland kämpfen mit Energiekosten, die im internationalen Vergleich weiter zu hoch sind. Neben den Kosten sind für die Unternehmen klare Konzepte zur künftigen Energieversorgung entscheidend. Versorgungs- und Planungssicherheit sind zentrale Bausteine für erfolgreiches, nachhaltiges Wirtschaften. Hier fehlt aus unserer Sicht weiter ein überzeugendes Konzept, das verlässlich Entwicklungspfade vorgibt, auf die sich die Unternehmen verlassen können. Alles anders zu machen als die Ampel-Koalition hilft da wenig. Langfristige Konzepte brauchen eine breite Unterstützung aus den verschiedenen politischen Lagern, damit sie auch bei einem Regierungswechsel Bestand haben. Mit dem angekündigten Industriestrompreis tut die Regierung etwas für die energieintensive Ernährungswirtschaft. Wichtig für uns: hier sollen Unternehmen aller Größenklassen profitieren! Das Instrument Industriestrompreis zeigt aber auch, wie komplex es ist, im europäischen Rechtsrahmen zu agieren. Ob Unternehmen der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft davon profitieren können, wird sich erst im Laufe des Jahres zeigen.



„Versorgungs- und Planungssicherheit sind zentrale Bausteine für erfolgreiches, nachhaltiges Wirtschaften. Hier fehlt weiter ein überzeugendes Konzept, das verlässlich Entwicklungspfade vorgibt.“

Peter Haarbeck
Geschäftsführer des Verbandes der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft VGMS
Foto: VGMS

auch in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltministerium umgesetzt werden kann.

Sehr freuen wir uns über die konstruktive, offene Zusammenarbeit mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium, überall dort, wo die Expertise aus den Unternehmen nachhaltig und effizient arbeiten kann. Dazu gehören Düngung und moderner Pflanzenschutz. Wir be-

GASTKOMMENTAR

Mehr Tempo und Verlässlichkeit

Ein knappes Jahr nach Amtsantritt der Bundesregierung lässt sich aus Sicht des Fleischerhandwerks eine erste vorsichtige Zwischenbilanz ziehen. Wir sehen Schritte in die richtige Richtung. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass die Politik die Belange von Handwerk und Mittelstand im Blick behält. Einige Entscheidungen der vergangenen Monate haben unseren Betrieben spürbare Ent-



„Gerade im Bereich der Sozialabgaben erwarten wir dringend strukturelle Entlastungen - hier ist bislang nichts umgesetzt worden. Auch der steigende Mindestlohn bereitet vielen Handwerksbetrieben Sorgen.“

Herbert Dohrmann
Präsident des Deutschen Fleischer-Verbandes
Foto: DFV

lastungen gebracht. Dazu zählen höhere Stromsteuerrückstattungen für das produzierende Gewerbe, sinkende Netzentgelte beim Strom sowie verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten, die Investitionen erleichtern und Liquidität sichern. Auch die erneute Senkung der Umsatzsteuer im Catering-Bereich hilft vielen handwerklichen Fleischerbe-

grüßen sehr, dass sich das Landwirtschaftsministerium vorgenommen hat, der bedarfsgerechten Düngung mehr Raum zu geben und die Zulassung von modernen, effizienteren und umweltfreundlicheren Wirkstoffen zu beschleunigen. Wir hoffen, dass dieses Vorhaben dann



„Der angekündigte Herbst der Reformen hat Erwartungen geweckt. Daraus müssen konkrete Gesetzesinitiativen werden. 2026 muss zum Jahr der strukturellen Reformen werden.“

Friedemann Berg
Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Bäckerhandwerks
Foto: ZDB

sonntags länger als bisher drei Stunden zu backen. Die seit 1996 dazu bestehenden Regelungen passen vielerorts nicht mehr zu den realen Produktionsabläufen im Handwerk und wirken sich im Wettbewerb zunehmend nachteilig aus. Erheblicher Handlungsbedarf besteht auch in der Energiepolitik: Bäckereien gehören zu den energieintensiven Betrieben und sind auf bezahlbare sowie verlässliche Energiepreise angewiesen. Ebenso wichtig sind langfristige Planungs- und Investitionssicherheit. Wenn Energieversorger den Rückbau von Gasnetzen ankündigt, während gleichzeitig vielerorts noch keine ausreichende Strominfrastruktur vorhanden ist, geraten Betriebe unter enormen Druck.

Unter Strich erwartet das Bäckerhandwerk von der Politik eine klare mittelstandsfreundliche Prioritätensetzung. Und: Angesichts der veränderten geopolitischen Sicherheitslage muss jegliche Regulierung, die die Unternehmen daran hindert, die in einem Krisenfall notwendige Resilienz zu entwickeln, überprüft und korrigiert oder unterlassen werden. Nur so können traditionelle Handwerksbetriebe resilient werden und auch künftig erfolgreich wirtschaften.

Zwischen Hoffnung und Ernüchterung

Die Branchenverbände des Lebensmittelhandwerks ziehen eine gemischte Bilanz der Regierungsarbeit nach rund einem Jahr: Erste Weichenstellungen werden anerkannt, doch viele zentrale Reformen lassen auf sich warten. Es bleibt dringender Handlungsbedarf bestehen

VON STEFFEN GUTHARDT

GASTKOMMENTAR

Mehr netto für die Beschäftigten

Die Erwartungen an die neue Regierung im Februar 2025 waren hoch und der Koalitionsvertrag hat im Bäckerhandwerk zunächst große Zuversicht ausgelöst: Viele zentrale Anliegen unserer Branche wurden darin aufgegriffen. Damit verband sich die Hoffnung, dass ein wirtschaftspolitischer Aufbruch gelingt und notwendige Strukturformen zügig umgesetzt werden.

Ein Jahr später ist eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Der angekündigte Herbst der Reformen hat Erwartungen geweckt. Daraus müssen konkrete Gesetzesinitiativen werden. 2026 muss zum Jahr der strukturellen Reformen werden. Kern einer Reformagenda müssen neben wettbewerbsfähigen Energiepreisen vor allem konsequenter und spürbarer Bürokratierückbau sowie ein effizienterer Sozialstaat sein. Die Beschäftigten müssen mehr netto übrig haben und die Sozialversicherungsbeiträge dürfen nicht weiter steigen.

Für das Bäckerhandwerk hat die im Koalitionsvertrag vereinbarte Aufnahme des Bäckerhandwerks in den Ausnahmekatalog des §10 Abs. 1 Arbeitszeitgesetz höchste Priorität. Um die Wettbewerbsfähigkeit handwerklicher Bäckereien zu sichern, muss es ihnen gestattet werden, auch

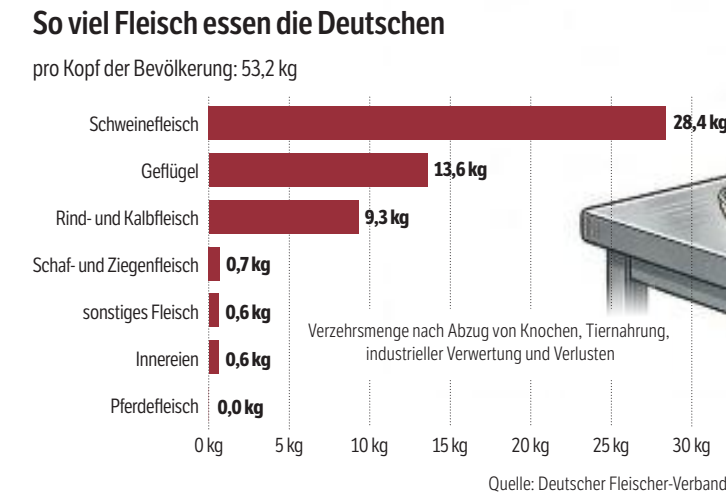
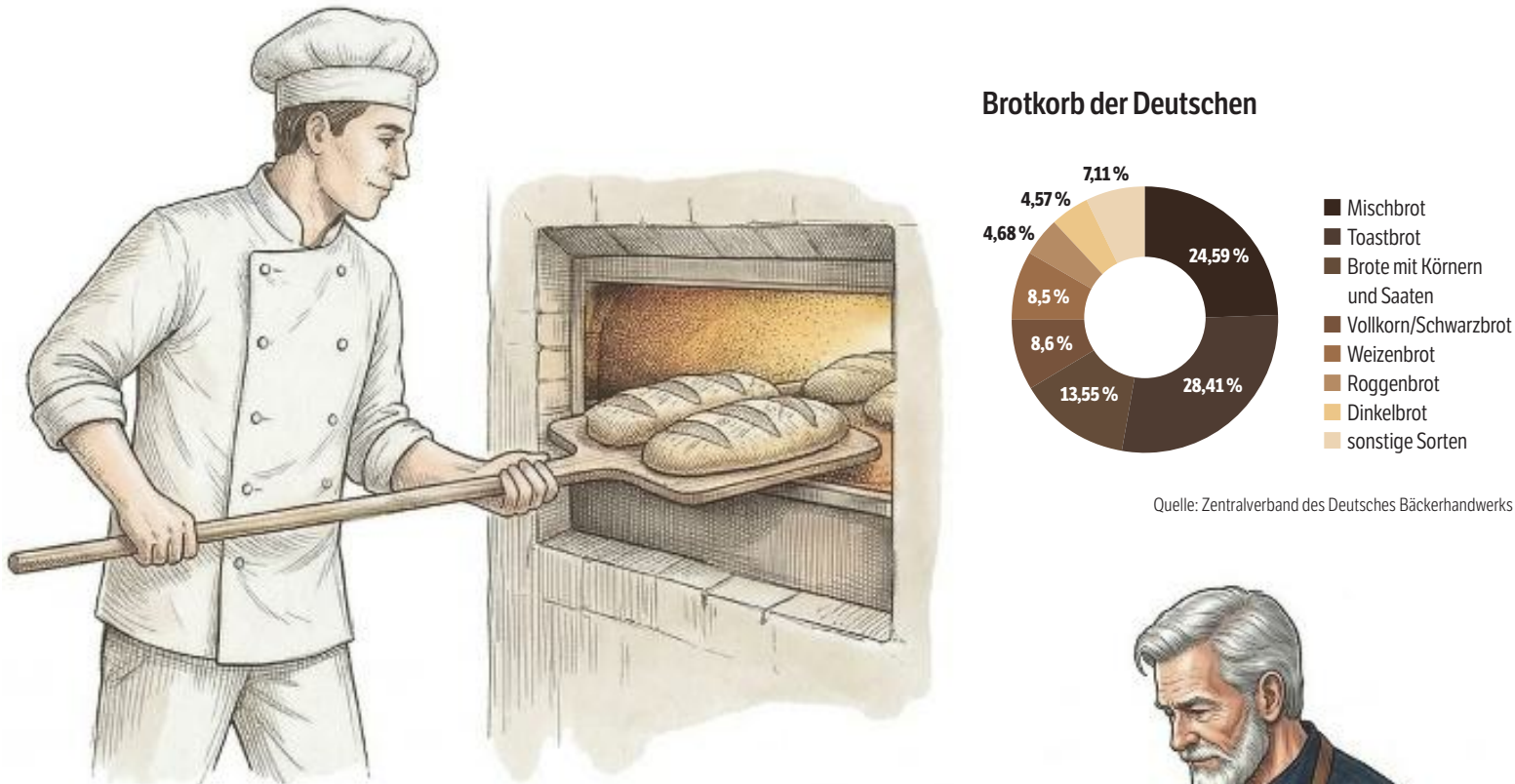


„Der angekündigte Herbst der Reformen hat Erwartungen geweckt. Daraus müssen konkrete Gesetzesinitiativen werden. 2026 muss zum Jahr der strukturellen Reformen werden.“

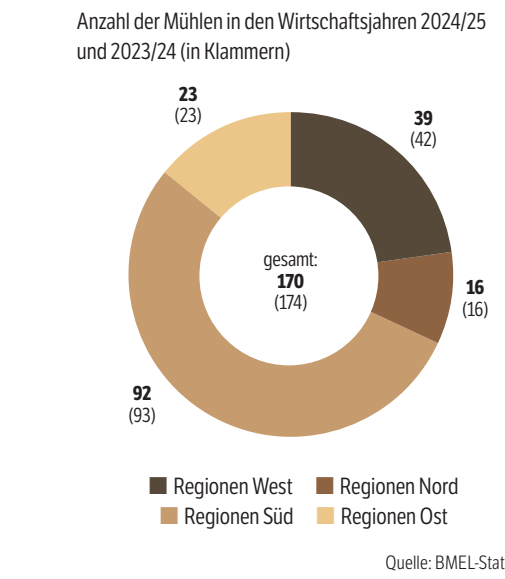
Friedemann Berg
Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Bäckerhandwerks
Foto: ZDB

sonntags länger als bisher drei Stunden zu backen. Die seit 1996 dazu bestehenden Regelungen passen vielerorts nicht mehr zu den realen Produktionsabläufen im Handwerk und wirken sich im Wettbewerb zunehmend nachteilig aus. Erheblicher Handlungsbedarf besteht auch in der Energiepolitik: Bäckereien gehören zu den energieintensiven Betrieben und sind auf bezahlbare sowie verlässliche Energiepreise angewiesen. Ebenso wichtig sind langfristige Planungs- und Investitionssicherheit. Wenn Energieversorger den Rückbau von Gasnetzen ankündigt, während gleichzeitig vielerorts noch keine ausreichende Strominfrastruktur vorhanden ist, geraten Betriebe unter enormen Druck.

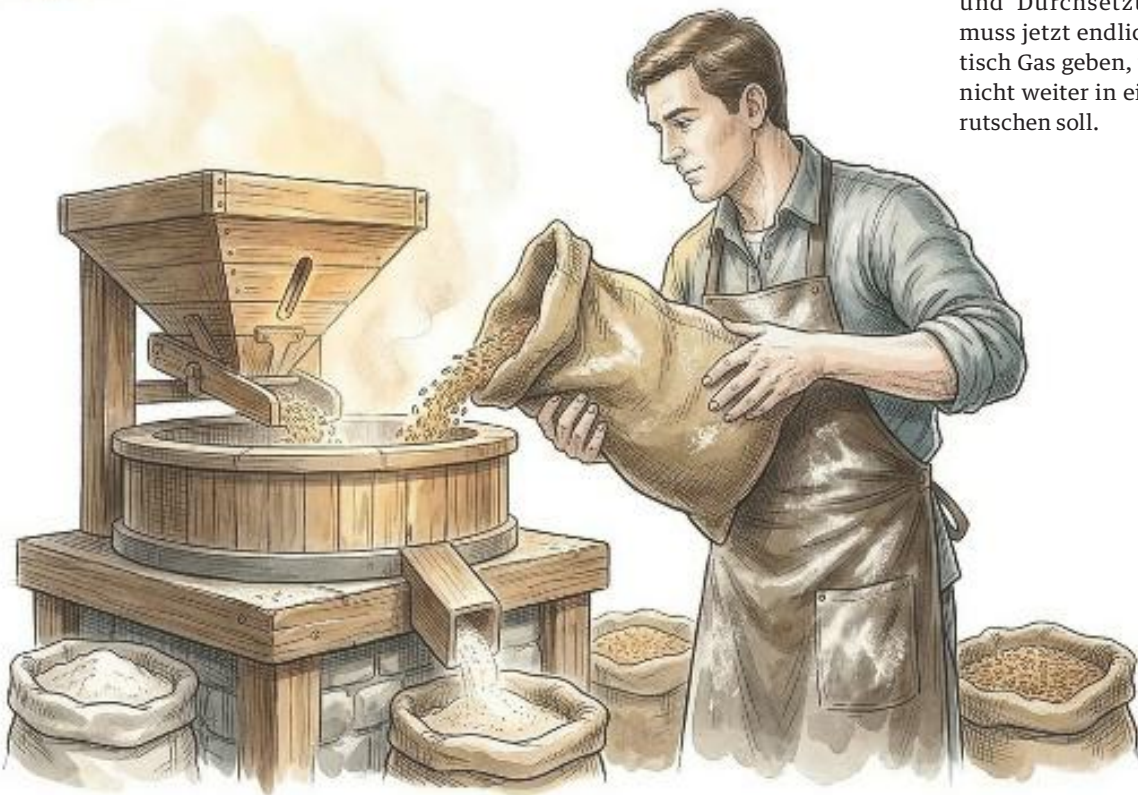
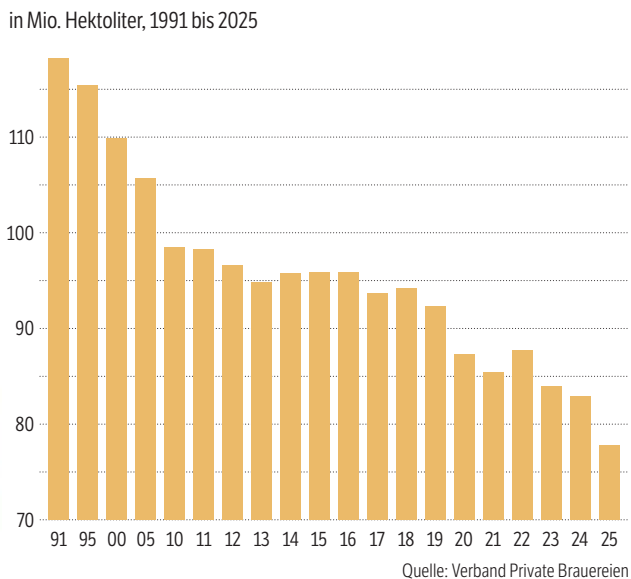
Unter Strich erwartet das Bäckerhandwerk von der Politik eine klare mittelstandsfreundliche Prioritätensetzung. Und: Angesichts der veränderten geopolitischen Sicherheitslage muss jegliche Regulierung, die die Unternehmen daran hindert, die in einem Krisenfall notwendige Resilienz zu entwickeln, überprüft und korrigiert oder unterlassen werden. Nur so können traditionelle Handwerksbetriebe resilient werden und auch künftig erfolgreich wirtschaften.



Im Süden stehen die meisten Mühlen



Es wird weniger Bier getrunken



GASTKOMMENTAR

Gift für Investitionen

Die bisherige Leistungsbilanz der Bundesregierung kann aus Sicht der mittelständischen Brauwirtschaft allenfalls mit der Note „ausreichend“ bewertet werden. Zugegeben, Deutschland sieht sich mit außergewöhnlichen außen- und innenpolitischen sowie wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Gerade deshalb muss es aber vorrangig darum gehen, das Wirtschaft unseres Landes wieder auf Wachstumskurs zu bringen, denn eine starke Wirtschaft ist Bedingung dafür, dass Deutschland seiner Rolle in der Außenpolitik gerecht werden



„Die Bundesregierung hat sicherlich kein Erkenntnisproblem, sondern ein augenscheinliches Um- und Durchsetzungsproblem.“

Martin Schimpf
Präsident Private Brauereien Deutschland e.V.

kann und innenpolitische Stabilität herrscht. Gerade von den von Bundeskanzler Friedrich Merz vielfach versprochenen Maßnahmen, unsere Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen, ist bislang allerdings in der Realität leider wenig zu spüren. Der notwendige Bürokratieabbau lässt auf sich warten. Ohne eine Senkung der deutlich zu hohen Energiepreise, die auch die energieintensive Brauwirtschaft stark belasten, wird unsere Wirtschaft nicht aus der Talsohle gelangen. Auch bei dem internationalen Vergleich viel zu hohen Lohnnebenkosten scheut sich die Bundesregierung, die notwendigen Reformen durchzusetzen und Arbeit in Deutschland wieder attraktiv zu machen. Gleiches gilt für eine Verringerung der Steuerbelastung für Unternehmen und Haushalte. Stattdessen wird in der Regierungskoalition sogar über eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes „herumschwafelt“, was Gift für die Investitionsbereitschaft und den Konsum ist. Fazit: Die Bundesregierung hat sicherlich kein Erkenntnisproblem, sondern ein augenscheinliches Um- und Durchsetzungsproblem. Sie muss jetzt endlich wirtschaftspolitisch Gas geben, wenn Deutschland nicht weiter in eine Abwärtsspirale rutschen soll.